

DIE STÄDTEBAULEHRE AN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE BERLIN IN DEN 40ER JAHREN

EINE STUDIE ZUR KONTINUITÄT UND DISKONTINUITÄT DER STÄDTEBAULEHRE IN BERLIN

Offensichtlich unterliegt die Beschäftigung mit unserer jüngeren Vergangenheit bestimmten Konjunkturen. Eingebettet in eine scheinbar allgemeine Tendenz der Rückbesinnung auf selektiv ausgewählte, aus ihrem konkreten historischen Zusammenhang gerissenen Geschichtchen und Traditionen hangelt sich das neue „Geschichtsbewußtsein“ von Jahrestag zu Jahrestag. Gegenüber einem solchen „Geschichtsbewußtsein“, das Geschichte zu überwältigen und auszubeuten trachtet, hat es eine kritische Analyse von Geschichte zunehmend schwerer, sich deutlich abzugrenzen. Unter einer kritischen Analyse von historischen Ereignissen und Tendenzen verstehe ich ein von der Einheit von historischem und gegenwartsbezogenem Denken geprägtes Herangehen an Historisches als notwendige Dimension einer tieferen Erkenntnis gegenwärtiger Ereignisse und Tendenzen und als Voraussetzung zur Entwicklung von Fähigkeiten für eine alternative, verändernde Praxis¹⁾. Ist eine solche Beschäftigung mit Geschichte grundsätzlich unabhängig von Jahrestagen bestimmter historischer Ereignisse, so unterliegen die Möglichkeiten der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse jedoch mehr oder weniger diesen Konjunkturen und der durch sie gesetzten Aktualität.

An Aktualität hat gegenwärtig nun wieder die Genese der Bundesrepublik und Westberlins gewonnen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die Falsifikation der von politisch interessierten Kreisen und Apologeten bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung immer wieder postulierten Hypothese von der „Stunde Null“ durch die Ergebnisse ernstzunehmender Geschichtsforschung seit den 70er Jahren eine breitere Akzeptanz erfahren hat; neben sicherlich vorhandenen Diskontinuitäten sind in fast allen gesellschaftlichen Bereichen personelle wie inhaltliche Kontinuitäten zur „Vorgeschichte“ der Bundesrepublik und Westberlins aufgespürt worden. Diese Feststellungen gelten uneingeschränkt auch für die Bereiche der Architekturproduktion, des Städtebaus, der Raumplanung, der Berufsorganisationen und ihrer Politiken. Dabei schienen die Voraussetzungen für einen Neubeginn recht günstig zu sein. Zumindest materiell hatte die „Reinigungskraft“ des Krieges (ein üblicher Begriff der Fachgenossen in der Zwischenkriegszeit) – wenn auch nicht überall – Bedingungen geschaffen, zu deren Produktion ganze Architekten- und Planergenerationen seit der Jahrhundertwende nur partiell imstande waren. Damals glaubten die Zeitgenossen, nach dem „Zusammenbruch“ im „Gefühl der Befreiung“ ans Werk gehen zu können, um „die neue sichtbare Welt unseres Lebens und unserer Arbeit zu bauen“²⁾. Die noch 1979 formulierten Thesen, „Krieg und Nationalsozialismus“ hätten auch ein „geistiges Trümmerfeld“ hinterlassen und „Tradition und geistige Kontinuität aus der Zeit vor 1933 (seien) weitgehend abgebrochen“ gewesen³⁾, sind nicht nur durch die neueren Forschungen widerlegt worden. Die publizierten Auseinandersetzungen in den späten 40er Jahren z.B. um die „politische Gesinnung des Architekten“, um die Wiedereinsetzung der alten „Fachmänner“ in ihre einstigen Positionen und um die Vergangenheitsbewältigung der Fachgenossen lassen vermuten, daß das „geistige Trümmerfeld“ nicht sehr groß gewesen sein muß⁴⁾. Die eindeutige Dominanz der traditionalistischen Architektur in den ersten Nachkriegsjahren⁵⁾, das Wiederaufwärmen der reaktionären Kritik an der „Neuen Sachlichkeit“ und das Auftauchen „allzu würdige(r) Nachfahren ... der Hitler-Troost'schen Architektur“ (Eckstein) oder von „SA-Männern“ (Leitl) und von städtebaulichen Entwürfen aus Zeiten, in denen „für den Fall des unbezweifelbaren Endsieges“ geplant wurde (Wolff), weisen in die gleiche Richtung⁶⁾; sie bezeugen, daß die „Tradition und geistige Kontinuität aus der Zeit vor 1933“, – ich möchte behaupten – im „Dritten Reich“ teils modifiziert, teils potenziert, keineswegs abgebrochen waren.

In diesem „Klima“ der ersten Restaurationsphase, das sich in den Westsektoren Berlins aufgrund seiner besonderen geopolitischen Situation von dem in den Westzonen nur graduell unterschied, vollzog sich der Wiederaufbau der Technischen Hochschule Berlin. Nach Vorarbeiten einer von der britischen Besatzungsmacht eingesetzten Kommission wurde die Hochschule im April 1946 wieder eröffnet. Erst nach der endgültigen Spaltung der Stadt 1948 bildete der britische Militärgouverneur einen Ausschuß für die Erarbeitung einer Hochschulreform mit dem Ziel: „Fort mit dem Speziesentum, hin zum gebildeten und menschlich-sittlich qualifizierten Ingenieur“⁷⁾. Diese Forderung gründete auf den jüngsten Erfahrungen mit den allzeit bereiten „Fachmännern“ und mit der vermeintlich unpolitischen Technokratie. Die organisatorischen Grundlagen dieser Reform wurden aber erst 1950 mit der Konstituierung einer „Humanistischen Fakultät“ geschaffen – die Technische Hochschule heißt seitdem Technische Universität. Zu dieser Zeit war aber die Rekonstruktion der Fakultäten im Großen und Ganzen schon abgeschlossen. Der Wiederaufbau der Fakultät für Architektur wurde begleitet von einer ausgedehnten Fachdiskussion um die Architekturausbildung, an der „Fachgenossen“ aller politisch- und fachideologischer Schattierungen beteiligt waren, sowohl die alten „Fachmänner“ als auch die aus der äußeren und „inneren“ Emigration zurückgekehrten. Auf der Folie des traditionellen Berufsbildes des „freischaffenden Architekten“ als „Baukünstler“, „Dirigent“ oder als „Ordner ... sozialer, technischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten“ wurden von den Fachgenossen wie schon vor dem ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit die Spezialisierung, Akademisierung und die „Verwissenschaftlichung“ der Architekturausbildung der Kritik unterzogen. Wie schon zu früheren Zeiten waren fast allen Beteiligten gemeinsam die Rückführung ihrer Grundannahmen auf vermeintlich anerkannte historische Grundlagen, vermischt mit üblicher bürgerlicher Kulturkritik und Antitechnizismus, und die Forderungen nach stärkerer Praxisorientierung und Hierarchisierung des Studiums, nach rigoroserer Auslese und nun neuerdings nach einem „humanistischen Studium“ für alle⁸⁾.

Im Grunde führte der Wiederaufbau der Fakultät für Architektur vor dem Hintergrund der politisch-ideologischen und sozialökonomischen Situation und analog zur damaligen architektonischen und städtebaulichen Praxis zu einer weitgehenden Restauration der Lehrstruktur und Lehrinhalte. Dafür bürgte schon die Kontinuität des Lehrkörpers. Recht deutlich beweisen die Abbildungen in Krahes ansonsten recht merkwürdigen Beitrag zur 100 Jahr-Feier der TU Berlin⁹⁾ die personelle Kontinuität an der Fakultät für Architektur. Fast alle Ordinarien waren mit Personen wieder besetzt, die schon vor 1945 entweder auf diesen Positionen saßen oder als nebenamtliche Hochschullehrer in diesen Fächern lehrten: Z.B. Rüster in den Fächern Gebäudekunde/Bauwirtschaft und Entwerfen, Dübbers im Fach Entwerfen/Baukonstruktion, Blunck, Tessenow (beide mit Unterbrechung) und Freese im Fach Ent-

werfen, Hahmann im Fach Zeichnen und Malen und Andrae im Fach Baugeschichte. Gehen wir noch weiter zurück zu den Daten, die stellvertretend für politische Zäsuren stehen – 1933, dem Jahr der Machtübertragung an den deutschen Faschismus, und 1934, dem Jahr der Ausschaltung der inneren Opposition –, so ist bemerkenswert, daß sich diese Zäsuren nicht auf den Lehrkörper ausgewirkt haben. In beiderlei Hinsicht bildet das Fach Städtebau eine relative Ausnahme: Bruno Taut, seit 1930 als Honorarprofessor für Wohnungsbau und Siedlungswesen an der TH Berlin tätig, emigrierte 1933, Gottfried Feder wurde 1936 an die TH Berlin abgeschoben und Gerhard Jobst, 1940 an die TH Berlin berufen, nahm erst 1949 sein früheres Amt wieder ein; nach dem Kriege waren zwei im „Dritten Reich“ zum Schweigen oder Leisetreten gebrachte in diesem Fach als Lehrende tätig, Martin Mächler (1946) und Hans Scharoun (1947).

Zugegeben, die Namen derjenigen, die die „Wende“ überdauern, sagen vorerst noch nicht viel über die inhaltliche Kontinuität. Blicken wir zurück, so kann doch mit einiger Sicherheit behauptet werden, daß die Abteilung für Architektur in der Fakultät für Bauwesen (1943 wieder Fakultät für Architektur) während des „Dritten Reiches“ – überspitzt formuliert – kein Hort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus war; ganz im Gegenteil, die Lehrenden beeilten sich 1933 in einer Adresse, dem Führer ihre Ergebenheit und Loyalität zu bezeugen. Es wäre aber falsch, aus dem Gesagten zu schließen, die meisten seien überzeugte Nazis gewesen; sicher gab es die in nicht zu unterschätzender Anzahl. Im Allgemeinen läßt sich trotz mancher Distanz in Einzelfragen und zu Einzelpersönlichkeiten eine Affinität zwischen den überwiegenden Denkstrukturen, Leitbildern, Lehrinhalten und -methoden einerseits und den alle kleinbürgerlichen Deutungsmuster umfassenden Ideologemen, Zielsetzungen und Planungsmaßnahmen des Nationalsozialismus feststellen. Dabei muß natürlich auf Diskontinuität zwischen Lehrinhalten und -praxis an der TH Berlin und den in sich widersprüchlichen Planungspolitiken und -praktiken der Partei und des Staates verwiesen werden. Ebenso erscheint durch die obige Namensliste der Übergang 1945–1946 sehr glatt; die konkreten Erfahrungen all der genannten Personen waren mit Sicherheit andere, für manche lagen dazwischen vermutlich Welten. Ich möchte aber betonen, daß die individuelle Katharsis, mag sie auch subjektiv durch Erfahrungen während des „Dritten Reiches“ (z.B. Zurücksetzung und Enttäuschung) und durch Erleben des Kriegsendes (z.B. endgültiger Zusammenbruch aller Hoffnungen und Ängste, für das Geschehene nun zur Verantwortung gezogen zu werden) erlebt worden sein oder behauptet werden, nicht überschätzt werden darf; das Weltbild dieser Generation wurde dadurch höchstens nur angekratzt. In der „Ärmel aufkrempeln und aufbauen“-Zeit wurden dieses Weltbild und die entsprechenden Deutungsmuster wieder – wenn nötig – restauriert und aufgepoliert. Im Vergleich zu 1918 verlief der Übergang wieder zu „normalen deutschen Verhältnissen“ in den Westsektoren weitaus problemloser – dafür sorgten schon die Westmächte. In der Restaurationsphase boten sich hierfür vor allem die Pragmatiker aller Schattierungen an, die durch ihre Tätigkeit während des „Dritten Reiches“ scheinbar nicht oder nur wenig belastet waren. Wir wissen heute, daß nicht nur die überzeugten Nationalsozialisten die Konsolidierung und die Dauer des NS-Staates bis zu seinem Ende ermöglicht und mitgetragen haben, sondern besonders diejenigen, die trotz partieller Kritik an seinen „Auswüchsen“ dieses System geduldet haben oder ihm grundsätzlich wohlwollend oder – wie es heute heißt – unvoreingenommen gegenüberstanden¹⁰. Schwierigkeiten, inhaltliche Kontinuitäten oder Diskontinuitäten in der Städtebaulehre an der TH Berlin und ihre Gleichzeitigkeit bzw. Ungleichzeitigkeit zu konkreten Planungen, Städtebau oder Stadtpolitiken nachzuzeichnen, ergeben sich vor allem aus dem Mangel an Veröffentlichungen der Hochschullehrer zu Fachfragen und zu ihrer Lehre.

Martin Mächler

Nach der Wiedereröffnung der Technischen Hochschule Berlin blieb der Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen vorerst unbesetzt. Über die näheren Gründe ist mir bisher nichts bekannt¹¹. Vermutlich wurde dieses Fach – zumindest was den städtebaulichen Entwurf betrifft – von den Lehrenden im Fach Entwerfen, z.B. Freese und Tessenow, abgedeckt. Dies entsprach durchaus der

herrschenden traditionellen Vorstellung, daß Städtebau eine künstlerische und praktisch-nützliche Zuordnung baulich-räumlicher Einzelemente und grundsätzlich von diesen Einzelementen auszugehen sei (additiver Städtebau), und der städtebaulichen Praxis in der Instandsetzungs- und Rekonstruktionsperiode. Neben dieser sozusagen sehr „praxisorientierten“ Städtebaulehre las seit 1946 der Honorarprofessor Martin Mächler im Hauptstudium über „Sonderfragen des Städtebaus“. Mächler war sicherlich eine fachlich geeignete Persönlichkeit, um die Lehre in diesem Fach unter prinzipiellen Fragestellungen zu vertreten.

Seit Mitte des Jahres 1945 war er bei den ersten Planungsaktivitäten zur gesamtstädtischen Neuplanung Berlins des „Kollektivs“ um Scharoun beratend tätig und soll auch an der Neugründung der TH Berlin als Technische Universität aktiv beteiligt gewesen sein¹². Schon vor dem ersten Weltkrieg und vor allem danach beschäftigte er sich mit Planungen zur Umgestaltung Großberlins¹³. Seine damaligen Pläne zielten ganz im Interesse von Kreisen in Handel und Industrie auf eine vollständige Tertiarisierung des Berliner Zentrums, d.h. auf eine Ersetzung der Innenstadt durch die neue Weltstadt, ab. Es war darum nur folgerichtig, daß Mächler neben Martin Wagner und Ernst Reuter zu den leitenden Mitgliedern des im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gebildeten „City-Ausschusses“ zählte. In diesem Kontext entstand auch sein Nord-Südplan, bei dessen Vorstellung während der Eröffnung der Abteilung Städtebau auf der Berliner Kunstausstellung 1927 Hitler und Goebbels anwesend gewesen sein sollen. Seine allgemeine Vorstellung, Berlin zur Weltstadt zu entwickeln, hat Mächler bis 1934 gegen alle Angriffe der reaktionären Großstadtkritik verteidigt. Für ihn schien die neue staatliche und gesellschaftliche Organisation nach 1933 sogar günstige Voraussetzungen für eine „nationale und soziale Vereinheitlichung und vollkommene Anpassung an Deutschlands weltpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben und Ziele“ zu bieten¹⁴. Mit dieser Auffassung stand Mächler durchaus nicht alleine; im Unterschied zu Mächlers mehr betriebswirtschaftlicher Begründung der Weltstadt Berlin, war aber der Blick z.B. in Paquets Begründung der Weltstadt Berlin eindeutig auf die geopolitischen Vorhaben des deutschen Faschismus im „Osten“ gerichtet¹⁵. In der Konsolidierungs- und Stabilisierungsphase des Nationalsozialismus waren solche Vorstellungen nicht gefragt, obwohl zu keiner Zeit in der faschistischen Stadtpolitik die großstädtische Funktion Berlins als Reichshauptstadt in Frage gestellt wurde. Mächlers Kehrtwendung 1934/35 zur kleinbürgerlichen Großstadtkritik¹⁶ verhinderte jedoch nicht das im Zuge der vollständigen Ausschaltung der inneren Opposition an ihn, einen Protagonisten der „Systemzeit“, ergangene Rede- und Schreibverbot. Hieß es während des Krieges in einer Betrachtung zu Paquets Ausführungen, daß „die Entwicklung, die Paquet vorzeichnen wollte, ... durch die persönliche Initiative des Führers in Angriff genommen“ sei¹⁷, so blieb Mächler – von der Position der Nachkriegszeit her betrachtet – zwangsläufig unbelastet. Mächler konnte nach Kriegsende eigentlich den Faden wieder aufnehmen, den er 1934 verloren hatte. Sicherlich bildete er in der Städtebaulehre an der TH Berlin eine Art Gegenpol zu der dominierenden traditionalistischen Auffassung von Städtebau.

Gerhard Jobst

Die traditionalistische Städtebaulehre an der TH Berlin wurde mit der verspäteten Rückkehr von Gerhard Jobst auf seinen Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen 1949 verstärkt. In seiner Quarantäne nach dem Kriege, die er wie einige andere „Fachmänner“ bis zur endgültigen Spaltung Deutschlands und Westberlins vermutlich hatte durchstehen müssen, beendete er die Arbeiten zu seinen „Leitsätzen für städtebauliche Gestaltung“, die er wahrscheinlich schon zu seiner Berliner Zeit vor dem Kriegsende begonnen hatte¹⁸. Auf der traditionellen Folie, daß Städtebau eine Sache des künstlerischen Schöpfers, der „künstlerischen Phantasie“ sei, stellte er das Konzept des additiven Städtebaus vor, das er am Beispiel des Dorfes, der Landschaft und der Kleinstadt veranschaulichte¹⁹. Im Grunde sind diese „Leitsätze“ eine merkwürdige Mischung von „Baufibel“ und Aufführung scheinbar normativer Anforderungen und moralisierender Postulate. Ich bin mir in Kenntnis anderer ähnlich gelagerter Veröffentlichungen vor 1945 ziemlich sicher, daß Jobst seine Darlegungen nach Kriegsende redaktionell

nicht oder nur wenig überarbeiten mußte. Die Kompetenz hierfür hatte er sich in der Zwischenkriegszeit (Privatdozent an der TH Berlin 1919–1928) durch Untersuchungen und Deskriptionen von Kleinhäusern, Kleinwohnungsbauten, Kleinsiedlungen und „halb-ländlichen Vorstadtsiedlungen“ erworben. Nach 1928 konnte er seine Fachkompetenz als kommunaler Angestellter in Kassel und nach einem mehrjährigen Auslandsaufenthalt in der Epoche des „einheitlichen Bauwillens“ als Stadtbaurat wiederum in Kassel auf Sanierungsfragen und -maßnahmen erweitern²⁰. Dieses städtebauliche Konzept „Gesundung“ der Innenstädte, Auflockerung der Städte und ländlicher bzw. vorstädtischer Siedlungsbau, wie es sich an den fachlichen Interessen und Tätigkeiten der Person Jobst konkretisiert, war sowohl den Traditionalisten als auch der „Moderne“, den Ideologen wie den Technokraten, gemeinsam; sie unterschieden sich nur hinsichtlich der gesellschaftspolitischen oder ökonomischen Begründung und in der städtebaulichen und architektonischen Form. Seine Verdienste bei der propagandistisch aufgemotzten Innenstadtsanierung in Kassel haben vermutlich seine Berufung zum Nachfolger des 1938 emeritierten *Hermann Jansen* an die TH Berlin gefördert (1940). Seine „praxisorientierte“ Lehre dürfte sich vornehmlich auf diese Bereiche bezogen haben. Diese Schwerpunktsetzung entsprach durchaus den zeitgenössischen Vorhaben zur „Neugestaltung“ der Städte auch unter „sozialhygienischen“ Gesichtspunkten, zur „Neuordnung des deutschen Lebensraumes“ und den begonnenen Ordnungs- und Planungsmaßnahmen im sogenannten „Ostraum“, der einerseits als Kolonisationsraum für die im „Altreich“ überzählige ländliche Bevölkerung und andererseits als Experimentierfeld für die spätere „Neuordnung des Altreiches“ gedacht war. Jobst wurde folgerichtig – so scheint es – 1942 als Nachfolger Feders zum Leiter der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der TH Berlin ernannt. Auf die genannten Vorhaben und Aufgaben waren 1940/41 die Reichsstelle für Raumordnung, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und die ihr angegliederten Wissenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen ausgerichtet worden. Im Gegensatz zum Leiter des Instituts für Landschafts- und Gartengestaltung der Universität Berlin, *H. Wiepking-Jürgensmann*, ist eine direkte Beteiligung Jobsts als sogenannter „Vertrauensarchitekt“ o.ä. an den „Ostraumplanungen“ bisher nicht nachweisbar. Eine Beteiligung scheint mir auch relativ unwahrscheinlich – ich kann mich auch irren, da die entsprechenden Stellen, der „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ (Himmler) und der „Minister für die besetzten Ostgebiete“ (Rosenberg), über eigene, gut ausgestattete Planungsabteilungen und -stäbe verfügten, die weitaus effektiver und stromlinienförmiger arbeiteten als die unsicheren Kantonisten an den Hochschulen im „Altreich“ und in den besetzten Gebieten; diese bestellten für die Konkretisierung der Planungen vorrangig Privatarchitekten zu „Vertrauensarchitekten“. In der Raumforschung der 40er Jahre spielte die Technische Hochschule im Unterschied zur Universität Berlin keine Rolle. Demgegenüber tauchten die Namen G. Jobst und H. Freese unter den ständigen Beratern und Referenten des Speer-Wolterschen „Arbeitsstabes zum Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“ (1943/44) auf²¹; zumindest wollte man beim Abstecken der erwarteten einträglichen Claims beim Wiederaufbau nach dem Endsieg beteiligt sein. In welcher merkwürdiger Weise sich weitgehende Anpassung mit grundsätzlicher Kontinuität in einer Person verbinden kann – durchaus charakteristisch für eine bedeutende Minderheit der Fachgenossen, zeigte Jobsts Wirken nicht nur über alle äußerliche, teils nur scheinbare historische Brüche hinweg, sondern auch in den folgenden Jahren. Dies ließe sich an seinem Wettbewerbsentwurf zum Ideenwettbewerb für die Bebauung des neuen Hansaviertels 1953 (mit Kreuzer u.a.) nachvollziehen, der sich mitten im damaligen „Zeitgeist“ befand: Zertreten der letzten Reste der alten Stadt und Kreation eines völlig neuen städtischen Teilraumes im Stil des „Amerikanismus“ (so eine kritische Stimme aus dem anderen Teil der Stadt, Liebknecht). Es würde hier zu weit führen, auf diesen Entwurf und seine Modifikationen hinsichtlich der Anforderungen der geplanten Interbau näher einzugehen. Jobst schien sich selbst seine These in den „Leitsätzen“ zu bestätigen: „Die Lebenswärme, die der Künstler seinen Schöpfungen eingibt, läßt sich nicht reglementieren“. Damals sah er die „künstlerische Phantasie“ im städtebaulichen Gestalten an

die Verpflichtung zur Berücksichtigung der materiell-umweltlichen Situation und zur „Erhaltung guter städtebaulicher Einzelheiten“ gebunden²². Im Falle seiner „Neugestaltung“ des Hansaviertels glaubte er sich befreit von solchen Bindungen. Nun postulierte er die „edelste Form der Ordnung“ im Städtebau, die aus der „Freiheit“ entstehe. Freiheit bedeutete für ihn nicht Bindungslosigkeit, sondern frei zu sein „zur Erfüllung von Pflichten“; d.h., dem Städtebau „allseitig gerecht zu werden, seiner technischen Seite, seiner wirtschaftlichen Seite, seiner behördlichen Seite und vor allem auch seiner menschlichen Seite, auch dem seelischen Wohlbefinden der Städter“²³.

Der Lehre im Fach Städtebau und Siedlungswesen lag, so kann zusammenfassend formuliert werden, die überkommene Annahme zugrunde, daß Stadtplanung eigentlich die praktisch-nützliche Zuordnung städtebaulicher Elemente und die Gestaltung des Zusammenhangs der baulich-räumlichen Elemente in einer Siedlungseinheit sei; das klassische Berufsbild des Städtebauers wies demzufolge dem Planenden die Aufgabe zu, diesen Zusammenhang zu konzipieren und ästhetisch zu gestalten und die entsprechenden Baumaßnahmen zu koordinieren. Die Lehre in diesem Fach konnte deshalb nur als Teil der Architektenausbildung begriffen werden und bezog sich auf das Einüben von gestalterischen Fertigkeiten und von Entwurfstechniken im Hauptstudium. Erst in der sogenannten Praxis, d.h. der Berufspraxis, sollte sich der Hochschulabsolvent „sozusagen autodidaktisch“ (Frick) weiterbilden. Tendenziell in diese Richtung ging auch die Aufgabenstellung des 1950 gegründeten und von den Fakultäten für Architektur und Bauingenieurwesen gemeinsam getragenen Zentralinstituts für Städtebau (Vermittlung zwischen „Praxis“ und „Wissenschaft“, Nachwuchsförderung im Bereich Städtebau), dessen erste Direktoren Jobst und Schwenke waren. Wissenschaftliche Forschung im Bereich Städtebau und Planung zählte nicht zu den Aufgaben des Instituts, das bis zur Gründung des Instituts für Stadt- und Regionalplanung 24 Jahre später nominell bestand; seine Aktivitäten beschränkten sich hauptsächlich auf die Organisation und Durchführung von Vorträgen zu städtebaulichen Themen im In- und Ausland.

Die Gründe für die weitgehende Abstinenz von Forschung an der Fakultät für Architektur lagen sicherlich an der traditionell stark ausgeprägten Wissenschaftsfeindlichkeit im Bereich von Architektur und Städtebau²⁴, die nach dem Kriege aus naheliegenden Gründen wieder Hochkonjunktur hatte, und an der Perpetuierung dieser Einstellung zu Wissenschaft und Forschung und die Fähigkeit zur Vermittlung ihrer Ergebnisse in der Lehre waren und blieben die Kriterien für die Besetzung von Hochschullehrerpositionen, sondern der Nachweis einer „erfolgreichen Praxis“. Die Durchführung privater Aufträge neben der Lehrtätigkeit und/oder in Seminaren oder „Meisterateliers“ wurden als ausreichend für „Wissenschaftlichkeit“ anerkannt oder gar mit Wissenschaft und Forschung gleichgesetzt. An Vorstellungen und Versuchen, Stadt- und Raumforschung an der Abteilung bzw. Fakultät für Architektur dauerhaft zu etablieren und sie in die Lehre einfließen zu lassen oder mit ihr zu verbinden, hat es nicht gefehlt.

Fortsetzung in 82 ARCH+

Wohn Bund

-(gemeinnütziger) Verein zur Unterstützung wohnpolitischer Projekte benötigt zur Bewältigung der vielen Anforderungen, die von einzelnen Wohn-Projekten an uns gestellt werden, neben der fachlichen Mitarbeit finanzielle Unterstützung. Deshalb bitten wir um Mithilfe in Form einer Spende auf das Konto 10.9258.00 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Darmstadt (BLZ 508 101 11). Wer den WOHN BUND noch nicht kennt, erhält Informationen über die Zentrale: 6100 Darmstadt, Ploenniesstr. 18. Tel. 06151-79945